

Beim Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftstag in Bielefeld wird die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen in Krisenzeiten betont

Gabriel fordert aktivere Rolle Deutschlands

Von Oliver Horst

BIELEFELD (WB). Krisenzeiten wie diese fördern die Rückbesinnung auf alte Partnerschaften. Das gilt auch für das deutsch-amerikanische Verhältnis – politisch wie wirtschaftlich. Dass auch von deutscher und europäischer Seite in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, stellt der frühere Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Mittwoch beim Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftstag in Bielefeld fest. Mit Blick auf die aktuelle Situation und den Ukraine-Krieg warnt er vor einem Jahrzehnt der Unsicherheiten und Instabilitäten. Auch Deutschland müsse nun eine aktivere Rolle einnehmen.

Die USA sind trotz der Differenzen vor allem während der Präsidentschaft von Donald Trump weiterhin der weltweit wichtigste Handelspartner Deutschlands. 2021 exportierten hiesige Firmen Waren im Wert von 122 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten – so viel wie nie und fast 50 Milliarden mehr als zehn Jahre zuvor. 500 Firmen aus OWL unterhalten Handelsbeziehungen in die USA, 120 sind dort sogar mit eigener Niederlassung oder Produktionsstätte vertreten. Andererseits beschäftigen allein in NRW rund 1600 US-Unternehmen etwa 200.000 Mitarbeiter. Zahlen, die viel aussagen über die jeweilige Bedeutung.

Sigmar Gabriel betont auch als Vorsitzender des Vereins Atlantik-Brücke, der



Der frühere Bundesaußenminister Sigmar Gabriel ordnete beim Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftstag die verworrene Weltlage ein. Unter den 250 Zuhörern waren die US-Generalkonsulin in NRW, Pauline Kao (kleines Foto, von rechts), IHK-Präsident Wolf D. Meier-Scheuven und IHK-Hauptgeschäftsführerin Petra Pigerl-Radtke. Fotos: Thomas F. Starke

ganz im Dienst der deutsch-amerikanischen Freundschaft steht, die Vorteile der Partnerschaft. Gerade jetzt. „Wir stehen vor einem gewaltigen Wandel in der Welt“, sagt Gabriel. Die Welt mit gewissen Spielregeln und Verabredungen sowie der USA als Schutzmacht dieser Ordnung sei passé. „Es gibt tektonische Veränderungen der Machtachsen“, sagt Gabriel. Nach 600 Jahren sei die Dominanz von

Europa zu Ende. Der indopazifische Raum gewinne an Bedeutung. In diese Neuordnung hinein sei Russlands Präsident Wladimir Putin mit dem Ukraine-Krieg gestoßen. „Er hat den Eindruck gehabt, dass die Gelegenheit günstig ist, bevor sich eine neue Weltordnung gebildet hat. Dass die Gelegenheit nicht günstig war, wissen wir inzwischen. Die Nato und die EU sind einzig wie nie. Nur – weiß

Russland das auch?“, fragt Gabriel vor 250 Zuhörern.

Der frühere Vizekanzler übt derweil Selbstkritik. „Auch ich bin schuld an der großen Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Wie 90 Prozent der deutschen Politik, nur die Grünen wollten es nicht“, sagt Gabriel. So habe auch er auf Wandel durch Annäherung gesetzt. Putin aber gehe es nur noch um Macht. Dafür habe er die wirtschaftlichen Interessen

hintenan gestellt. Die Frage bleibe nun, „wie die Welt in drei Jahren aussieht, wenn die EU unabhängig von russischer Energie ist, Städtepartnerschaften aufgelöst und keine westlichen Firmen mehr in Russland vertreten sind“.

Gabriel rechnet mit „Länder-Clubs, die in bestimmten Feldern zusammenarbeiten“. Zugleich sieht er ein Nebeneinander von Konfrontation und ökonomi-

schers Kooperation. Das lange Zeit erfolgreiche Geschäftsmodell Deutschland sei in der neuen Welt in Gefahr. „Kein anderes Land ist so stark in die globalen Lieferketten und Handelsbeziehungen integriert. Wir sind neben China der große Gewinner der Globalisierung.“ Der deutsche Wohlstand basiere auf möglichst ungestörtem und freiem Weltmarkt, sagt der frühere SPD-Chef. Er bemängelt, dass sich Deutschland in Selbstzufriedenheit zu sehr zurückgelehnt habe. „Wir haben die Welt nur aus den Augenwinkeln wahrgenommen und uns um das Geschäft gekümmert. Und das lief gut.“ Deutschland habe sich rausgehalten und es den USA überlassen, Konflikte auszutragen. Etwa mit China. Nun müsse Deutschland, müsse die EU sich stärker einbringen und auch selbst mehr für ihren Schutz sorgen anstatt auf die Amerikaner zu vertrauen. Die Voraussetzungen, in neuer Einigkeit diese Aufgaben zu meistern, seien besser als nach dem Zweiten Weltkrieg, als die erbitterte Feindschaft noch frisch war – aber trotzdem der Grundstein für die Europäische Union gelegt wurde.

Derweil betont die US-Generalkonsulin für NRW, Pauline Kao, dass „Wohlstand und Demokratie untrennbar verbunden sind“. Mit Blick auf Tendenzen zu einer Deglobalisierung sagt sie: Die Lage in der Welt sei gerade „super kompliziert, eine Entkopplung aber gar nicht möglich“.

